

**Zum Amtlichen Mitteilungsblatt für den Kreis Steinburg**  
**Bekanntmachung Nr. 141/2021**

**Tierseuchenrechtliche Allgemeinverfügung über die Einrichtung einer Sperrzone (Schutzzone und Überwachungszone) und mit Anordnungen zur Bekämpfung der hochpathogenen aviären Influenza (HPAI, Geflügelpest) in einem Teilgebiet des Kreises Steinburg**

Aufgrund der Artikel 60 bis 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit den Artikeln 11 bis 67 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und den §§ 18 bis 33 GeflügelpestSchV werden nachstehende Maßnahmen bekannt gegeben und verfügt:

**I. Amtliche Bestätigung des Ausbruchs der Geflügelpest**

Am **31. Oktober 2021** wurde der Ausbruch der Geflügelpest bei gehaltenen Vögeln in der Gemeinde **Borsfleth** im Kreis Steinburg amtlich bestätigt.

**II. Einrichtung einer Schutzzone**

Gemäß Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a und Anhang VI der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 wird um den betroffenen Betrieb eine **Schutzzone** (früher „Sperrbezirk“) mit einem Radius von mindestens drei Kilometern eingerichtet. Der Verlauf der äußeren Grenze der Schutzzone wird wie folgt festgelegt:

- Gemeinde Blomesche Wildnis ab dem östlichen Elbufer entlang des Elbuferweges bis zur Auffahrt Störsperwerk
- ab dem Störsperwerk entlang des Störufers bis zur Einmündung Grevenkoper Wettern
- ab dort entlang der Grevenkoper Wettern bis zur Landesstraße 119 (L119)
- der L 119 in südlicher Richtung folgend bis zur Einmündung in die Landesstraße 118 (L 118)
- entlang der L 118 in östlicher Richtung bis zur Gemeindegrenze Krempe
- Beginnend mit dem Flurstück 65/9 in der Flur 3 der Gemarkung Krempe entlang der Gemeindegrenze Krempe in südöstlicher Richtung bis zur Gemeindegrenze Elskop
- ab der Gemeindegrenze Elskop / Landscheide in westlicher Richtung bis zum Flurstück 503 in der Flur 3 der Gemarkung Elskop
- entlang der westlichen Grenze dieses Flurstücks 503 bis zum Flurstück 40/5 in der Flur 3 der Gemarkung Elskop
- In der Gemeinde Elskop Überquerung der Dorfstraße westlich vom Flurstück 541 in der Flur 3 der Gemarkung Elskop
- von dort entlang der westlichen Grenze des Flurstücks 45/3 in der Flur 3 der Gemarkung Elskop und des Flurstücks 27/2 in der Flur 6 der Gemarkung Elskop folgend bis zur Lesigfelder Wettern der Gemeinde Herzhorn
- dem Verlauf der Lesigfelder Wettern in südwestlicher Richtung folgend, dann entlang dem Schwarzen Wasser bis zum Flurstück 24/3 in der Flur 6 der Gemarkung Engelbrechtsche Wildnis
- von dort entlang der westlichen Grenze dieses Flurstückes 24/3 bis zur Straße „Der Keil“ in der Stadt Glückstadt
- nach der Überquerung der Bundesstraße 431 / Stadtstraße weiter in die Straße „Herrenweide“ in Glückstadt
- anschließend in nordwestlicher Richtung im Verlauf der Straße „Im Neuland“
- weiter in die Straße „am Rethhövel“ bis zur Einmündung Rhin
- ab der Einmündung Rhin weiter entlang der Glückstädter Nebenelbe
- entlang der Elbe in nördlicher Richtung bis zum Elbuferweg der Gemeinde Blomesche Wildnis

In dem Kartenausschnitt, der dieser tierseuchenrechtlichen Allgemeinverfügung als inhaltlicher Bestandteil auf Seite 12 beigelegt ist, ist die äußere Umgrenzung der **Schutzzone** als innere **rote Linie** dargestellt.

### III. Einrichtung einer Überwachungszone

Gemäß Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe b und Anhang VI der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 wird um den betroffenen Betrieb eine **Überwachungszone** (früher „Beobachtungsgebiet“) mit einem Radius von mindestens zehn Kilometern eingerichtet. Der Verlauf der äußeren Grenze der Überwachungszone wird wie folgt festgelegt:

- gesamtes Gebiet der Stadt Glückstadt
- Amt Krempermarsch:  
die gesamten Gebiete der Stadt Krempe und der Gemeinden Bahrenfleth, Dägeling, Elskop, Grevenkop, Kremperheide, Krempermoor, Neuenbrook sowie der Gemeinde Süderau
- Amt Itzehoe-Land:  
gesamtes Gebiet der Gemeinde Hodorf
- Amt Horst-Herzhorn:  
die gesamten Gebiete der Gemeinden Altenmoor, Blomesche Wildnis, Borsfleth, Engelbrechtsche Wildnis, Herzhorn, Kiebitzreihe, Kollmar, Krempe und Sommerland;

Teilgebiete der Gemeinden Hohenfelde und Horst:

- von der Gemeindegrenze Neuenbrook entlang der Bundesautobahn 23 in südlicher Richtung bis zur Autobahnausfahrt 12 / Hohenfelde
- von dort weiter in westlicher Richtung in die Straße Niederreihe bis zur Einmündung in die Straße Oberreihe
- der Straße Oberreihe bis zur Gabelung Fegefeuer folgend
- entlang der Straße Fegefeuer und Schulstraße folgend bis zur Einmündung in den Wilhelm-Busch-Weg
- dem Wilhelm-Busch-Weg in südwestlicher Richtung folgend bis zur Einmündung in die Straße Horstmoor
- Horstmoor folgend bis Hinterm Holz
- Hinterm Holz folgend bis Moordiek
- der Straße Moordiek folgend bis zur Gemeindegrenze Kiebitzreihe

Teilgebiet in der Gemeinde Neuendorf bei Elmshorn:

- Ab der Gemeindegrenze Altenmoor entlang der Straße Landscheide in westlicher Richtung folgend bis zur Einmündung in die Straße Moorhusen
- der Straße Moorhusen in südlicher Richtung folgend bis Moorhusener Straße und dieser in westlicher Richtung folgend
- von dort entlang dem Gewässer „großer Schleusengraben“ in südlicher Richtung folgend
- weiter entlang der Außenwettern bis zur Straße Kuhle
- der Straße Kuhle in östlicher Richtung folgend bis zur Straße Fleien
- der Straße Fleien folgend bis zur Einmündung Fleiener Damm und von dort bis zum Gewässer Ritt
- dem Gewässer Ritt in südlicher Richtung folgend bis zur Krückau
- entlang der Krückau in westlicher Richtung bis zur Elbe.

- Amt Wilstermarsch  
die gesamten Gebiete der Gemeinden Beidenfleth, Brokdorf, Dammfleth und Wewelsfleth

In dem Kartenausschnitt, der dieser tierseuchenrechtlichen Allgemeinverfügung als inhaltlicher Bestandteil auf Seite 12 beigefügt ist, ist die äußere Umgrenzung der **Überwachungszone** als äußere **blaue Linie** dargestellt.

#### IV. Anordnungen zur Bekämpfung der Geflügelpest

Zur Bekämpfung der Geflügelpest werden mit Geltung für die Schutzzone (vorstehend Nummer II) und/oder die Überwachungszone (vorstehend Nummer III) die Anordnungen laut den Nummern 1 bis 12 in der linken Spalte der folgenden Tabelle erlassen.

<b>Anordnungen zur Tierseuchenbekämpfung</b> Die Anordnungen gelten für die jeweils mit einem Kreuz markierte Zone.	Geltung für <b>Schutzzone</b>	Geltung für <b>Überwachungszone</b>
<b>1. Anzeigepflicht</b> Wer Hühner, Truthühner, Perlhühner, Enten, Gänse, Wachteln, Tauben, Fasane, Rebhühner oder Laufvögel hält, hat das dem Landrat des Kreises Steinburg, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Telefax: 04821-699 324, E-Mail: veterinaeramt@steinburg.de, unverzüglich unter Angabe von Art und Anzahl der Tiere im Bestand, ihrer Nutzungsart und des Standorts sowie jedes verwendete Tier und jede Änderung innerhalb des Bestands unverzüglich anzuzeigen. [Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 21 Absatz 5 und § 27 Absatz 3 GeflPestSchV]	x	x
<b>2. Absonderung zum Schutz vor Kontakt mit Wildvögeln, Aufstallungsgebot</b> Wer Vögel einer der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten hält, hat diese Tiere von wild lebenden Vögeln abzusondern. Die gehaltenen Vögel sind in geschlossenen Ställen oder unter einer Schutzvorrichtung zu halten, die aus einer überstehenden, nach oben gegen Einträge gesicherten dichten Abdeckung und mit einer gegen das Eindringen von Wildvögeln gesicherten Seitenbegrenzung bestehen muss; werden als Seitenbegrenzung Netze oder Gitter verwendet, so darf deren Maschenweite maximal 25 mm betragen. [Artikel 25 Absatz 1 a) und Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 in Verbindung mit Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 sowie § 21 Absatz 2 und § 13 Absatz 1 GeflPestSchV]	x	x
<b>3. Beförderungsverbot</b> Auf öffentlichen oder privaten Straßen oder Wegen, ausgenommen auf betrieblichen Wegen, dürfen Vögel der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten, Eier und Tierkörper gehaltener Vögel nicht befördert werden. [Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 21 Absatz 6 Nr. 5 GeflPestSchV]	x	

<p><b>4. Beförderungsverbot für frisches Geflügelfleisch:</b>          Die Beförderung von frischem Fleisch von Geflügel aus einer Schlachtstätte, einem Zerlegungsbetrieb oder einem Kühlhaus ist verboten.          [Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 21 Absatz 6 Nr. 3 GeflPestSchV]</p>	x	
<p><b>5. Verbringungsverbote</b>          Folgende Tiere und Erzeugnisse dürfen weder in einen noch aus einem Betrieb, in dem Vögel der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten gehalten werden, verbracht werden:</p>		
<p>- Vögel</p>	x	x
<p>- Säugetiere</p>	x	
<p>- Fleisch von Geflügel und Federwild</p>	x	x
<p>- Eier</p>	x	x
<p>- sonstige Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, die von Geflügel und Federwild stammen</p>	x	x
<p>Futtermittel dürfen nicht aus einem Bestand mit gehaltenen Vögeln verbracht werden.</p>	x	
<p>Ausgenommen von den Verboten unter Nummer 5 sind</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erzeugnisse tierischen Ursprungs, die als sichere Waren gelten. Als sicher gelten die Waren nach Anhang VII der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687; das sind insbesondere Fleisch und Milch, die in bestimmter Weise behandelt worden sind.</li> <li>- Erzeugnisse tierischen Ursprungs, die einer Behandlung nach Anhang VII der Verordnung (EU) 2020/687 unterzogen worden sind, das sind bestimmte Wärmebehandlungsverfahren.</li> <li>- Erzeugnisse oder sonstige seuchenrelevante Materialien, die vor Beginn der Seuche, d. h. vor dem 20. Oktober 2021 gewonnen oder erzeugt worden sind.</li> <li>- Erzeugnisse, die in der Sperrzone hergestellt wurden und von Vögeln gewonnen wurden, die außerhalb der Sperrzone gehalten wurden.</li> <li>- Folgeprodukte dieser aufgezählten Erzeugnisse.</li> </ul> <p>Auskünfte zu den vorgenannten gesetzlichen Ausnahmen erteilt das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Kreises Steinburg in Itzehoe. Für Verbringungen, die nicht kraft Gesetzes von den Verboten unter Nummer 5 ausgenommen sind, kann im Einzelfall auf Antrag eine behördliche Ausnahmegenehmigung in Betracht kommen, die vorher bei dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Kreises Steinburg einzuholen wäre.          [Artikel 27 Absätze 1 bis 4 und Artikel 42 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 in Verbindung mit Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 und § 21 Absatz 6 Nummer 1 und § 27 Absatz 4 Nummer 1 GeflPestSchV]</p>	x	x
<p><b>6. Eigenüberwachung durch verantwortliche Personen</b>          Wer Vögel einer der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten hält, hat den Haltebestand einmal täglich auf klinische Veränderungen zu prüfen. Wird dabei eine gesteigerte Todesrate, eine verringerte Beweglichkeit der Tiere, ein signifikanter Anstieg oder Rückgang der Legeleistung festgestellt, so ist das unverzüglich dem Landrat des Kreises Steinburg, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Telefon: 04821-69 447, Telefax: 04821-699 447, E-Mail: veterinaeramt@steinburg.de zu melden.          [Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 40 der Verordnung (EU) 2020/687]</p>	x	x

<p><b>7. Maßnahmen zur Biosicherheit</b> Die für die Haltung von Vögeln der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten Verantwortlichen haben zum Schutz vor biologischen Gefahren sicherzustellen, dass in dem Betrieb folgende Biosicherheitsmaßnahmen eingehalten werden.</p>		
<p>- Die Ein- und Ausgänge zu den Ställen und die sonstigen Standorte gehaltener Vögel sind gegen unbefugten Zutritt und unbefugtes Befahren zu sichern.</p>	x	
<p>- Die Ställe und sonstigen Standorte dürfen von betriebsfremden Personen nur mit betriebseigener Schutzkleidung oder Einwegschutzkleidung betreten werden. Diese ist nach dem Verlassen abzulegen und bei Mehrwegschutzkleidung regelmäßig bei mind. 60 °C zu waschen; Einwegschutzkleidung ist nach Gebrauch unschädlich in einem vor unbefugtem Zugriff geschützten Restmüllbehälter zu entsorgen.</p>	x	x
<p>- Schutzkleidung von Betriebsangehörigen ist ebenfalls nach Gebrauch unverzüglich zu reinigen und zu desinfizieren bzw. Einwegschutzkleidung ist nach Gebrauch unverzüglich unschädlich zu beseitigen.</p>	x	x
<p>- Nach jeder Einstallung oder Ausstallung von Geflügel sind die dazu eingesetzten Gerätschaften und der Verladeplatz zu reinigen und zu desinfizieren, und nach jeder Ausstallung sind die frei gewordenen Ställe einschließlich der dort vorhandenen Einrichtungen und Gegenstände zu reinigen und zu desinfizieren.</p>	x	
<p>- Betriebseigene Fahrzeuge sind unmittelbar nach Abschluss eines jeden Transports von gehaltenen Vögeln der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten auf einem befestigten Platz zu reinigen und zu desinfizieren.</p>	x	
<p>- Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Gerätschaften, die in dem Betrieb eingesetzt und in mehreren Ställen oder von mehreren Betrieben gemeinsam benutzt werden, sind jeweils vor der Benutzung in einem anderen Stall bzw. bei Benutzung in mehreren Betrieben im abgebenden Betrieb vor der Abgabe zu reinigen und zu desinfizieren.</p>	x	
<p>- Räume, Behälter und sonstige Einrichtungen zur Aufbewahrung verendeter Vögel sind nach jeder Abholung der Kadaver, mindestens jedoch einmal im Monat, zu reinigen und zu desinfizieren.</p>	x	
<p>- In jedem Betrieb sind eine funktionsfähige Einrichtung zum Waschen der Hände sowie eine Einrichtung zum Wechseln und Ablegen der Kleidung und zur Desinfektion der Schuhe vorzuhalten.</p>	x	
<p>- Vor dem Betreten und nach dem Verlassen der Stallungen sind die Hände (mit Seife) zu reinigen und anschließend zu desinfizieren (Handdesinfektionsmittel).</p>	x	x
<p>- Alle Personen, die berechtigt sind, Stallungen gehaltener Vögel zu betreten, haben den Gebrauch von Stallkleidung und Straßenkleidung strikt zu trennen.</p>	x	x
<p>- Unmittelbar vor und nach dem Betreten einer Stallung mit gehaltenen Vögeln ist das Schuhwerk zu reinigen und zu desinfizieren.</p>	x	
<p>- Es sind angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung von Insekten und Nagetieren sowie anderer Seuchenvektoren im Betrieb und um den Betrieb herum ordnungsgemäß durchzuführen.</p>	x	x
<p>[Artikel 25 Absatz 1 Buchstaben c und e und Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 in Verbindung mit § 21 Absatz 6 Nummer 2 und § 27 Absatz 4 Nummer 2 und § 6 Absatz 1 Geflügelpest-Verordnung]</p>		

<p><b>8. Aufzeichnungen zum Personenverkehr</b>  Der Verantwortliche einer jeden Haltung von Vögeln der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten hat jeden Besuch des Betriebs durch eine betriebsfremde Person in schriftlicher oder elektronischer Form zu protokollieren und diese Aufzeichnungen dem Landrat des Kreises Steinburg, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, auf Verlangen zur Einsichtnahme vorzulegen. Die Pflicht zur Protokollierung gilt nicht für Besucher, die bei einem geschlossenen System keinen Zugang zu der Tierhaltung hatten.  [Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe f und Absatz 2 sowie Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687]</p>	x	x
<p><b>9. Tierkörperbeseitigung</b>  Kadaver von gehaltenen Vögeln der unter Nummer 1 genannten Arten oder Teile davon, die aus Tierhaltungen stammen, sind als Material der Kategorie 2 im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 von dem Verarbeitungsbetrieb für tierische Nebenprodukte <i>Rendac Jagel GmbH</i>, Boklunder Weg, 24878 Jagel, unschädlich beseitigen zu lassen.  [Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe g und Absatz 2 sowie Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687]</p>	x	x
<p><b>10. Freilassen von Vögeln</b>  Niemand darf gehaltene Vögel zur Aufstockung des Wildvogelbestands freilassen.  [Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 21 Absatz 6 Nummer 4 und § 27 Absatz 4 Nummer 3 GeflPestSchV]</p>	x	x
<p><b>11. Veranstaltungen</b>  Die Durchführung von Ausstellungen, Märkten oder Veranstaltungen ähnlicher Art mit gehaltenen Vögeln der in dieser Tabelle unter Nummer 1 genannten Arten ist verboten.  [Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 21 Absatz 6 Nummer 6 und § 27 Absatz 4 Nummer 4 GeflPestSchV]</p>	x	x
<p><b>12. Reinigung und Desinfektion von Transportmitteln:</b>  Transportfahrzeuge und Behälter, mit denen gehaltene Vögel, frisches Fleisch von Geflügel, tierische Nebenprodukte von Geflügel, Futtermittel oder sonstige Materialien, die Träger des hochpathogenen aviären Influenzavirus sein können, befördert worden sind, sowie Fahrzeuge, mit denen ein Bestand mit gehaltenen Vögeln in der Schutzzone laut Nummer II oder in der Überwachungszone laut Nummer III befahren worden ist, sind unverzüglich nach jeder Beförderung nach näherer Anweisung des Landrats des Kreises Steinburg, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Itzehoe, zu reinigen und zu desinfizieren.  [Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 21 Absatz 6 Nummer 7 und § 27 Absatz 4 Nummer 5 GeflPestSchV]</p>	x	x

**V. Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Die Einrichtung der Schutzzone laut Nummer II und der Überwachungszone laut Nummer III einschließlich der jeweiligen Gebietsfestlegung sowie und die mit Geltung für diese Zonen unter Nummer IV mit der zugehörigen Tabelle erlassenen Ge- und Verbote werden gemäß § 80 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 VwGO im öffentlichen Interesse mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung versehen, soweit der Suspensiveffekt der Anfechtung nicht aufgrund von § 37 des Tiergesundheitsgesetzes entfällt.

## **VI. Wirksamkeit und Geltungsdauer dieser Allgemeinverfügung**

Diese tierseuchenrechtliche Allgemeinverfügung wird am Mittwoch, den **3. November 2021** wirksam. Danach bleibt sie wirksam, solange und soweit sie nicht aufgehoben oder durch eine Rechtsverordnung ersetzt worden ist.

### **Hinweise**

#### **1. Anzeigepflicht**

Jeder Verdacht auf eine Infektion eines gehaltenen Vogels mit dem Virus der Geflügelpest ist dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Kreises Steinburg unverzüglich anzuzeigen (§ 4 des Tiergesundheitsgesetzes).

#### **2. Ausnahmen von tierseuchenrechtlichen Ge- und Verboten**

Der Landrat des Kreises Steinburg, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, kann von einzelnen tierseuchenrechtlichen Ge- und Verboten auf Antrag Ausnahmen gewähren oder genehmigen, soweit dabei die Belange der Tierseuchenbekämpfung gewahrt werden können.

#### **3. Ordnungswidrigkeiten**

Wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften der Geflügelpest-Verordnung zuwiderhandelt, handelt nach Maßgabe des § 64 dieser Verordnung ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 30.000 Euro geahndet werden (§ 32 Absatz 1 Nummer 4 des Tiergesundheitsgesetzes).

#### **4. Untersuchungen gehaltener Vögel in Betrieben, Mitwirkungspflicht der für die Tierhaltung verantwortlichen Personen**

In der Schutzzone und in der Überwachungszone führt der Landrat des Kreises Steinburg als zuständige Behörde in Betrieben, in denen Vögel einer der unter Nummer IV – dort Nummer 1 in der zugehörigen Tabelle – genannten Arten gehalten werden, Untersuchungen über den Verbleib von gehaltenen Vögeln, Fleisch von Geflügel, Eiern, tierischen Nebenprodukten und Futtermitteln durch. Darüber führt diese Behörde in der Schutzzone in Beständen gehaltener Vögel Kontrollen mit klinischer Untersuchung der Tiere einschließlich ggf. erforderlicher Probennahme sowie die Prüfung von Unterlagen und Aufzeichnungen durch. Diese Maßnahmen sind von den für die Tierhaltung verantwortlichen Personen zu dulden; auf die Mitwirkungspflicht nach § 24 Tiergesundheitsgesetz wird verwiesen.

### **Begründung zu der Einrichtung der Schutzzone laut Nummer II, der Überwachungszone laut Nummer III und zu den Anordnungen unter Nummer IV**

Die Aviäre Influenza (von lat. avis, Vogel), umgangssprachlich auch Vogelgrippe genannt, ist eine durch Viren ausgelöste Infektionskrankheit, die ihren natürlichen Reservoirwirt im wilden Wasservogel hat. Diese Viren treten in zwei Varianten (gering oder hochpathogen) und verschiedenen Subtypen (H1 bis 16 in Kombination mit N1 bis 9) auf. Geringpathogene aviäre Influenzaviren (LPAIV) der Subtypen H5 und H7 verursachen bei Hausgeflügel, insbesondere bei Enten und Gänsen, kaum oder nur milde Krankheitssymptome. Allerdings können diese Viren spontan zu einer hochpathogenen Form (hochpathogene aviäre Influenzaviren, HPAIV) mutieren, die sich dann klinisch als Geflügelpest zeigt.

Geflügelpest ist für empfängliche Arten gehaltener Vögel, wie Hausgeflügel, hochansteckend und verläuft mit schweren allgemeinen Krankheitszeichen. Bei Hühnern und Puten können innerhalb weniger Tage bis zu 100 % der Tiere eines Bestands erkranken und sterben. Enten und Gänse erkranken oftmals weniger schwer; die Krankheit führt bei diesen Tieren nicht immer zum Tod und kann bei milden Verläufen gänzlich übersehen werden. Das kann bei diesen Tieren zu und lang anhaltenden Leiden führen. Zudem lässt ein Ausbruch der

Seuche in einem Bestand hohe wirtschaftliche Einbußen für den betroffenen Halter/Eigentümer selbst, marktbedingt aber auch für andere Halter von Vögeln, erwarten

Kranke Tiere scheiden den Erreger massenhaft mit dem Kot sowie mit Schleim oder Flüssigkeit aus Schnabel und Augen aus. Bei direktem Kontakt stecken sich andere Tiere durch Einatmen oder Aufpicken von virushaltigem Material an. Auch Eier, die von infizierten Tieren gelegt werden, können virushaltig sein.

Die Bekämpfung der hochpathogenen Geflügelpest (Hochpathogene aviäre Influenza) ist im Recht der Europäischen Union in der Verordnung (EU) 2016/429 und der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 geregelt. Bei der Geflügelpest handelt es sich um eine bekämpfungspflichtige Seuche der Kategorie A nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a Nummer IV und Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit Artikel 1 Nummer 1 und Artikel 2 und dem Anhang der Verordnung (EU) 2018/1882. Somit gelten die vorgegebenen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen des Tiergesundheitsrechts der Europäischen Union.

Artikel 71 der Verordnung (EU) 2016/429 eröffnet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, zusätzlich zu den Seuchenbekämpfungsmaßnahmen nach europäischem Recht nationale Maßnahmen zu treffen, sofern die nationalen Maßnahmen diesem dem europäischem Recht genügen und zur Bekämpfung der Ausbreitung der Seuche erforderlich und verhältnismäßig ist. Die nationale Geflügelpest-Verordnung (GeflPestSchV) gilt somit fort, soweit sie nicht geringere Anforderungen als das europäische Recht stellt oder diesem widerspricht und die Maßnahmen erforderlich und verhältnismäßig sind.

Die amtliche Bestätigung des Ausbruchs der hochpathogenen aviären Influenza (Geflügelpest) am 31. Oktober 2021 in einem Geflügelbestand in der Gemeinde Borsfleth im Kreis Steinburg ergibt sich aus einer am 29. Oktober 2021 durchgeführten klinischen Untersuchung des betroffenen Geflügelbestandes, der virologischen Untersuchung am 30. Oktober 2021 durch das Landeslabor Schleswig-Holstein in Neumünster und aus dem Nachweis von hochpathogenem aviärem Influenzavirus (HPAIV H5N1) durch das Friedrich-Loeffler-Institut am 31. Oktober 2021. Den Ausbruch der hochpathogenen Influenza hat der Landrat des Kreises Steinburg nach Artikel 11 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 amtlich bestätigt.

Ist die Geflügelpest in einem Betrieb amtlich bestätigt, so richtet die zuständige Behörde eine Sperrzone ein, die aus einer Schutzzone mit einem Radius von mindestens 3 km um den Ausbruchsbetrieb und aus einer Überwachungszone mit einem Radius von mindestens 10 km um den Ausbruchsbetrieb bestehen muss.

Die kleinere **Schutzzone** ist ein Teilgebiet der größeren Überwachungszone und entspricht dem früheren Sperrbezirk nach nationalem Recht. Für die Schutzzone werden weitergehende Anforderungen an die Tierseuchenbekämpfung gestellt als für die Überwachungszone. Wird die Schutzzone später aufgehoben, so gelten dort die Maßnahmen der Überwachungszone. Das ergibt sich aus Artikel 60 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 39 Absatz 3 sowie den Anhängen V und X der der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687.

Die **Überwachungszone** entspricht dem früheren Beobachtungsgebiet nach nationalem Recht und kann frühestens nach 30 Tagen aufgehoben werden kann. Das ergibt sich aus Artikel 60 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit Artikel 39 Absatz 1 und den Anhängen V und XI der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687. Beide Zonen bleiben bestehen, solange ihre Einrichtung nicht behördlich aufgehoben worden ist.



Anlässlich des Seuchenausbruchs in der Gemeinde Borsfleth habe ich bei der Festlegung der äußeren Umgrenzung sowohl der Schutzzone als auch der Überwachungszone folgende Faktoren – soweit bekannt – berücksichtigt: das Seuchenprofil, die geografische Lage, die Ergebnisse durchgeführter epidemiologischer Untersuchungen, Ergebnisse von Labortests, Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, die Strukturen des Handels und der örtlichen Geflügelhaltungen, das Vorhandensein von Schlachtstätten sowie sonstige relevante epidemiologische Faktoren [Artikel 64 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/429].

Bei Ausbruch der hochpathogenen aviären Influenza (Geflügelpest) als Seuche der Kategorie A im Sinne des Artikels 1 Nummer 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 hat die Veterinärbehörde entsprechend den angegebenen Rechtsgrundlagen unverzüglich verschiedene Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in der Sperrzone anzuordnen.

Die Verbreitung der Geflügelpest auf andere Bestände erfolgt insbesondere durch die Verbringung dieser Tiere, deren Eiern oder sonstigen Produkten. Das Virus kann aber auch durch den Kontakt zu Wildvögeln oder indirekt verbreitet werden, z. B. durch kontaminierte (verunreinigte) Fahrzeuge, Personen, Geräte, Verpackungsmaterial usw. Um einer Virusverschleppung aus infizierten Beständen vorzubeugen, darf das Betreuungspersonal den Stall nur nach Schuh- und Kleidungswechsel sowie gründlicher Reinigung und Desinfektion betreten und verlassen. Alle Materialien und Geräte, die im Stallbereich verwendet werden, müssen gründlich gereinigt und fachgerecht desinfiziert werden.

Jede einzelne der getroffenen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen ist geeignet, erforderlich und angemessen und damit verhältnismäßig, die Tierseuche Geflügelpest zu bekämpfen.

#### **Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung laut Nummer V**

Tierseuchenrechtliche Verfügungen zur Gefahrenabwehr greifen in Rechte des betroffenen Tierhalters ein und geben deshalb Anlass zur Einlegung von Rechtsbehelfen wie Widerspruch und verwaltungsgerichtlicher Klage. Solche Rechtsbehelfe haben nach § 80 Absatz 1 Satz 1 VwGO grundsätzlich aufschiebende Wirkung. Davon abweichend entfaltet laut § 37 des Tiergesundheitsgesetzes die Anfechtung bestimmter behördlicher Anordnungen keine aufschiebende Wirkung. Soweit der Suspensiveffekt der Anfechtung nicht nach § 37 des Tiergesundheitsgesetzes entfällt, kann die Behörde, die eine tierseuchenrechtliche Verfügung zur Gefahrenabwehr erlassen hat, diese Verfügung gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO im öffentlichen Interesse mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung versehen. Diese Voraussetzung ist vorliegend erfüllt, da die Ausbreitung der Geflügelpest und somit die Gefahr von tiergesundheitlichen wie auch wirtschaftlichen Schäden umgehend minimiert werden muss. Es besteht ein besonderes öffentliches Interesse daran, dass die Festlegungen der Schutz- und Überwachungszone und die damit verbundenen notwendigen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen alsbald vollzogen werden können. Denn würde sich wegen Einlegung eines Rechtsbehelfs mit aufschiebender Wirkung der Vollzug dieser Allgemeinverfügung zeitlich verzögern, so würde das die Verbreitung der Geflügelpest begünstigen, wobei auch nicht sichergestellt wäre, dass eine möglicherweise bereits eingetretene Verschleppung der Tierseuche frühzeitig erkannt werden würde. Infolgedessen könnten infizierten Tieren schwerwiegende, letztlich vermeidbare Leiden und Schäden zugefügt werden und ihren Haltern empfindliche wirtschaftliche Einbußen erwachsen.

Gegenüber dem privaten Interesse des einzelnen Tierhalters daran, nach einer Anfechtung dieser Allgemeinverfügung für die Dauer des anschließenden Rechtsbehelfsverfahrens von den – temporären – behördlichen Restriktionen aus dieser Allgemeinverfügung verschont zu bleiben, überwiegt das das besondere öffentliche Interesse an der Anordnung der sofortigen Vollziehung. Die von der Behörde verfolgten Maßnahmen haben zum Ziel, die Integrität hochrangiger Schutzgüter zu gewährleisten und volkswirtschaftliche Schäden von erheblichem Ausmaß abzuwenden. Ob der Dringlichkeit der Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung

fung würde diese von mir verfolgte Zielsetzung in Frage gestellt, wenn einem Rechtsbehelf entsprechend § 80 Absatz 1 Satz 1 VwGO die aufschiebende Wirkung beilegt wäre.

### **Rechtlicher Hinweis**

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Straße 13, 24837 Schleswig, die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs beantragt werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Diese tierseuchenrechtliche Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe mit dem Rechtsbehelf des Widerspruchs angefochten werden. Der Widerspruch wäre bei dem Landrat des Kreises Steinburg, Viktoriastraße 16, 25524 Itzehoe, einzulegen.

25524 Itzehoe, 2. November 2021

Kreis Steinburg  
Der Landrat  
Im Auftrag

gez.  
Dr. B. Hellerich  
Amtstierärztin

## **Fundstellenverzeichnis**

### **Delegierte Verordnung (EU) 2020/687**

Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3. Juni 2020, S. 64)

### **Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882**

Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4. Dezember 2018, S. 21)

### **GefIPestSchV**

Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1665, 2664)

### **Tiergesundheitsgesetz**

Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938), zuletzt geändert durch Artikel 100 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626)

### **Verordnung (EG) Nr. 1069/2009**

Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (Verordnung über tierische Nebenprodukte) (ABl. L 300 vom 14. November 2009, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25. Juni 2019, S. 1)

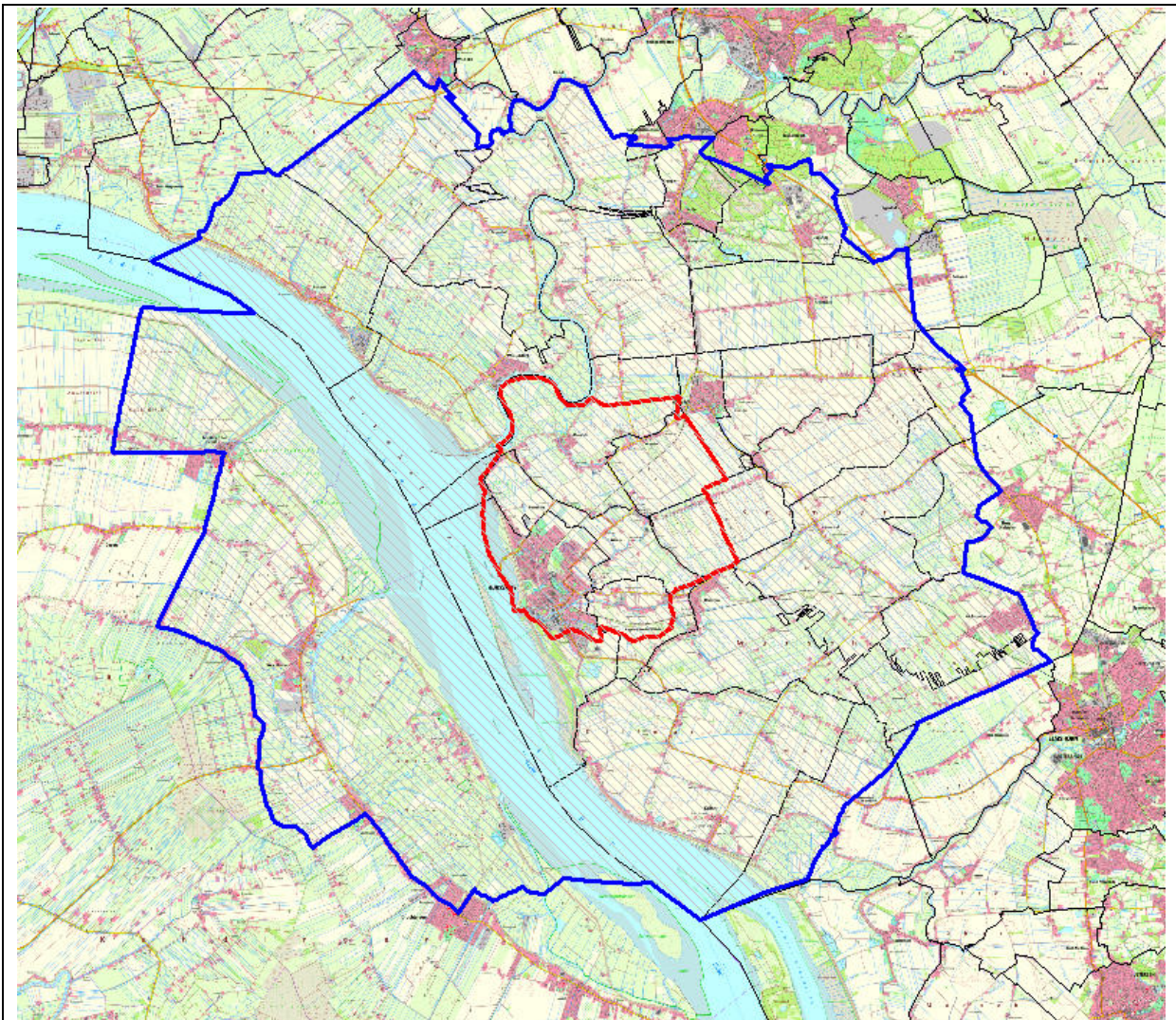
### **Verordnung (EU) 2016/429**

Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 95 vom 7. April 2017, S. 1), geändert durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 272 vom 31. Oktober 2018, S. 11)

### **VwGO**

Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607)

**Kartenausschnitt zur Einrichtung von Schutzzone (vorstehend Nummer II) und Überwachungszone (vorstehend Nummer III) im Kreis Steinburg**



- Schutzzone
- Überwachungszone

*Abb. (Kartenausschnitt) mit Darstellung der Restriktionszonen innerhalb des Kreises Steinburg*